ANTRAG

Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 24. - 25. Mai 2025

*Antragsteller*in:*	*Radosawa (Sava) Stomporowski*
Tagesordnungspunkt:	*TOP 7 Rolle der BAG in der Oppositionsarbeit und Allgemeine Aussprache*
Status:	*Zurückgezogen*

A1: Sicherheit und Resilienz für unsere Städte, Gemeinden und Kommunen.

Antragstext

Deutschland – als zentrale Wirtschaftskraft, Technologiestandort, Drehkreuz der Verteidigungsstrategie und pluralistische Demokratie in Europa – steht verstärkt im Visier hybrider Bedrohungen. Dazu zählen Cyberangriffe, Industriespionage, gezielte Sabotageakte sowie die strategische Unterwanderung demokratischer Diskurse durch ausländische Akteure.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich die Bedrohungslage in ganz Deutschland massiv verschärft. Neben digitaler Spionage und staatlich gesteuerten Cyberangriffen gehören auch geopolitisch motivierte Sabotageakte längst zur Realität.

> *Bereits heute ist nahezu täglich spürbar, dass hybride Angriffe einen permanenten Belastungszustand erzeugen. Sie bezwecken, die freiheitlich-demokratische Grundordnung und die Leistungsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Politik dauerhaft unter Stress zu setzen, um diese letztlich als handlungsunfähig zu delegitimieren.* (Philipp Lange)

Aktuelle Entwicklungen belegen, dass pro-kremlnahe Netzwerke gezielt Protestbewegungen in Deutschland zu infiltrieren versuchen – etwa im Kontext sozialer Gerechtigkeit, Klimapolitik oder Coronamaßnahmen. Ziel dieser Einflussnahme ist es, legitime zivilgesellschaftliche Anliegen zu kapern, öffentliche Debatten zu manipulieren und Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen zu säen. Wichtig ist dabei die Differenzierung: Protest ist elementarer Bestandteil einer funktionierenden Demokratie – doch autoritäre Akteure versuchen zunehmend, berechtigte Anliegen propagandistisch umzudeuten,

online zu radikalisieren und gesellschaftliche Spannungen gezielt zu verschärfen.

Auch Wirtschaft, Forschung, kritische Infrastrukturen und kommunale Verwaltungen geraten verstärkt ins Fadenkreuz. Digitale Angriffe wie GPS-Störungen, Ransomware-Attacken, gezielte Systemausfälle oder sogenannte „Doppelgänger-Kampagnen“ mit täuschend echten, aber gefälschten Nachrichtenportalen folgen einem klaren Ziel: Chaos stiften, Vertrauen zerstören, europäische Staaten schwächen.

Öffentliche Dienstleistungen, Versorgungsinfrastrukturen, Bildungseinrichtungen und Forschungszentren sind zentrale Lebensadern unserer Gesellschaft – und daher besonders gefährdet. Deshalb müssen auch Städte, Landkreise und Gemeinden mit abgestimmten Sicherheitsstrategien, besserer technischer Ausstattung und klaren Krisenplänen ausgestattet werden.

In vielen Kommunen sowie bei den kommunalpolitischen Akteuren unserer Partei mangelt es häufig an fachlicher Expertise und einem ausgeprägten Bewusstsein für sicherheitspolitische Risiken – was sich auch in den aktuellen Wahlprogrammen der Kommunalwahlen widerspiegeln. **Daher sollte die Partei gezielt Beratungsangebote für unsere kommunalpolitische Entscheidungsträger entwickeln, um sicherzustellen, dass sicherheitspolitische Aspekte konsequent in die Wahlprogramme und die langfristige Programmatik für eine widerstandsfähige kommunale Struktur und Stärkung der Sicherheit integriert werden.**

Schutz kritischer Infrastrukturen ist Gemeinschaftsaufgabe

Sabotageakte auf militärische und zivile Einrichtungen – etwa in Geilenkirchen oder Köln-Wahn – zeigen: Ganz Deutschland ist potenzielles Ziel. Die Resilienz unserer offenen Gesellschaft erfordert entschlossenes und koordiniertes Handeln – auf allen politischen Ebenen, von Bund und Ländern bis hin zu den Kommunen.

Unsere Infrastrukturen, Einrichtungen, Wissenschaftsstandorte und soziale sowie wirtschaftliche Unternehmen sichern unseren Alltag und unseren Wohlstand. Ihr Schutz und ihre Resilienz sind Voraussetzung für nationale Souveränität und Sicherheit. Deutschlands Kommunen, Kreise und Städte brauchen daher eine Schutzstrategie, mit klaren Zuständigkeiten, zentralen Koordinierungsstellen, verpflichtenden Risikoanalysen und regelmäßigen Krisenübungen.

Zukunftsprogramm für eine resiliente Demokratie

Die Kommune spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung von nationaler Wehrhaftigkeit und Resilienz, insbesondere im Bereich des Bevölkerungsschutzes und der Krisenvorsorge. Handlungsfelder sind daher:

1. **Schaffung lokaler Resilienzstrukturen**

   - Aufbau von **kommunalen Sicherheitsnetzwerken**, die Behörden, Unternehmen und Zivilgesellschaft miteinander vernetzen.
   - Förderung von **regionalen Krisenstäben**, die regelmäßig Szenarien durchspielen und für den Ernstfall vorbereitet sind.

2. **Schutz vor hybriden Bedrohungen**

   - Etablierung von **Cyber-Sicherheitszentren auf kommunaler Ebene**, um kommunale Infrastruktur besser gegen Cyberangriffe zu schützen.
   - Zusammenarbeit mit Bund und Ländern bei der **Aufklärung über Desinformation und Spionage**.

3. **Einbindung der Zivilgesellschaft in die Verteidigung**

   - Förderung und die Schaffung von Anreizen für ehrenamtliches Engagement im Katastrophenschutz und in der Zivilverteidigung.
   - Durchführung von **Informationskampagnen**, um Bürger*innen für moderne Bedrohungen zu sensibilisieren und individuelle Resilienz zu schaffen
   - gezielte Aufklärungskampagnen zur Eigenvorsorge

4. **Stärkung kritischer Infrastruktur**

   - Investitionen in **robuste Versorgungssysteme** für Wasser, Energie und Kommunikation, um sie gegen Angriffe und Naturkatastrophen abzusichern.
   - Entwicklung von **Notfallplänen für die kommunale Wirtschaft**, um kleine und mittlere Unternehmen widerstandsfähiger zu machen.

Die Kommune kann hier eine Schlüsselrolle übernehmen, indem sie gezielt Maßnahmen fördert, die sowohl der Infrastruktur als auch der Sicherheit dienen. Das stärkt die regionale Widerstandsfähigkeit gegenüber Naturkatastrophen, erhöht gleichzeitig die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und minimiert die Auswirkungen hybrider Angriffe auf die Logistik und Mobilität.
Durch die Kombination von staatlicher Handlungsfähigkeit und einer aufgeklärten, widerstandsfähigen Bevölkerung wird ein effektives Sicherheitsnetz geschaffen, das im Krisenfall schnelle und koordinierte Reaktionen ermöglicht.

Als BAG Frieden und Internationales für Bündnis 90/Die Grünen schlagen wir auf dieser Basis für unsere Kommunen, Kreise und Städte vor, gezielt präventive Maßnahmen zu ergreifen und lokale Akteure miteinander zu vernetzen, da Kommunen in ihren Bereichen eine entscheidende Rolle spielen.

Demokratie, Resilienz und Sicherheit beginnen im Alltag – und sie werden im Alltag angegriffen. Unsere Antwort muss vorausschauend, vernetzt und konsequent sein. Nur wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln, wenn wir dabei auch die kommunalpolitische Verantwortung vor den Wahlen im Blick haben, können wir Deutschlands demokratische Grundordnung vor hybriden Bedrohungen schützen – bevor es zu spät ist.

Begründung

Angesichts der zunehmenden Bedrohungen durch Naturkatastrophen, wirtschaftliche Unsicherheiten und hybride Angriffe ist es von zentraler Bedeutung, das kommunale Verantwortungsbewusstsein gezielt zu stärken. Ein widerstandsfähiger Staat setzt eine handlungsfähige Kommunalpolitik voraus, die durch robuste Institutionen, wirtschaftliche und soziale Strukturen sowie eine aufgeklärte und engagierte Bürgerschaft getragen wird.

Dafür braucht es staatliche Investitionen in Infrastruktur und Sicherheitsmaßnahmen, aber auch eine gezielte Förderung der Eigenverantwortung von Institutionen, Unternehmen und Bürger*innen. Kommunale Initiativen zur Sensibilisierung und Ausbildung im Umgang mit Gefahren sowie zur Förderung von Resilienz leisten einen essenziellen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung in Krisensituationen.

In vielen Kommunen fehlt es oft an sicherheitspolitischer Expertise, was sich in den aktuellen Wahlprogrammen zeigt. Um die kommunale Resilienz zu stärken, sollte die Partei gezielte Beratungsangebote für kommunalpolitische Entscheidungsträger entwickeln. So können sicherheitspolitische Aspekte konsequent in Wahlprogramme und langfristige Strategien integriert werden, um eine widerstandsfähige und sichere kommunale Struktur aufzubauen.

Durch die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen wird nicht nur die Krisenfestigkeit der Kommunen gestärkt, sondern auch ihre tragende Rolle innerhalb einer langfristig belastbaren und nachhaltigen Sicherheitsarchitektur gefestigt.